

Erscheint wöchentlich drei Mal
und zwar Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend (Vormittag).
Abonnementspreis beträgt
vierteljährlich 1 Mark 20 Pf.
pränumerando.

Anzeiger

für Zwönitz und Umgegend. Amtsblatt

für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.

Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ott in Zwönitz.

Inserate werden bis spätestens
Mittags des vorhergehenden
Tages des Erscheinens erbeten
und die Corpusspaltenzeile mit
10 Pf., unter „Eingefandt“ mit
20 Pf. berechnet.

N^o 126.

Donnerstag, den 30. October 1879.

4. Jahrg.

Unsere innere und äussere Lage.

Zwei Begebenheiten beschäftigten in der vorigen Woche lebhaft die politischen Kreise. Zunächst der Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses, durch welches Oesterreich die Stellung, die es 1866 zu Deutschland verlor, in anderer Weise und in anderem Sinne wiedergewinnt, und welches bestimmt ist, uns gegen die Kosacken im Osten wie gegen die Turcos im Westen — beide in der Civilisation ebenbürtige, edle Brüder — zu schützen. Neben diesem in seiner Tragweite hochwichtigen Ereigniß waren es innere Dinge, die die Aufmerksamkeit fesselten. Der preussische Cultusminister sollte zurücktreten wollen. Herr v. Puttkamer würde, wenn bei ihm das Sprüchwort zutrifft, daß Todtgesagte am längsten leben, noch eine große Zukunft vor sich haben. Aber, so unbegründet das ihn betreffende Gerücht auch gewesen sein mag: Die Wiederannäherung zwischen Bismarck und Bennigsen ist nicht widerrufen worden, vielmehr bestätigt, und diese könnte unter Umständen sich bedeutungsvoller erweisen, als das Bleiben oder Gehen des Cultusministers.

Dürfen an diese Wiederannäherung Erwartungen von liberaler Seite geknüpft werden? Befürchtungen von der conservativen Seite? Wir beantworten diese Fragen keineswegs unbedingt mit Ja. Wir erinnern vielmehr an ein Wort, das Fürst Bismarck vor einigen Jahren aussprach, indem er auf England hinwies, wo die conservativste Regierung oft die liberalsten Reformen durchsetzte, die liberalste Regierung aber oft sehr conservative Politik treibe. Wer weiß, warum Fürst Bismarck gerade jetzt den Herrn v. Bennigsen aufsucht und vielleicht immer noch den Gedanken trägt, ihn in die Regierung zu berufen! Wir sehen die Sache ganz unparteiisch an. Vor zwei Jahren suchte Fürst Bismarck Fühlung mit dem liberalen Herrn v. Bennigsen, um mit seiner Hilfe conservative Maßregeln durchzuführen: d. h. seine Finanz- und Wirtschaftreform. Dieser Plan hat sich allerdings zerschlagen, jene Reform ist mit ausschließlich conservativer und ultramontaner Hilfe zu Stande gebracht. Jetzt sucht abermals der Kanzler den liberalen Herrn v. Bennigsen. Wir möchten fast vermuthen, es geschieht das wieder, um eine conservative Sache durchzuführen, und wir sehen als solche z. B. den Frieden mit Rom an, für den der Fürst sich im Voraus die liberale Partei sichern möchte, aus Gründen, über die man nur Vermuthungen anstellen kann.

Wie dem auch sein mag. Unsere Lage nach außen, das frevelhafte Spiel Rußlands, die in Frankreich weiterglommende Rachsucht, die an dem Schüren Rußlands leicht neu aufflammen könnte, das macht den inneren Frieden zu einem dringenderen Bedürfniß als sonst, und unser neues Verhältnis zu dem freundlich zu Rom stehenden Oesterreich läßt es, wie es scheint, in den Augen unserer Regierung wünschenswerth sein, daß auch bei uns die Concessionen, Staat und Kirche wieder Versöhnung feiern, so weit das eben möglich ist.

Wir wissen nicht, ob der Ausdruck ächt ist, der in diesen Tagen einer sehr hohen Stelle zugeschrieben wurde und der dahin lautete: „Wir haben den Franzosen oft ihren frivolsten unverantwortlichen Kriegsvorwand 1870 vorgeworfen, aber sie werden in ihrer Leichtfertigkeit noch von den Russen übertroffen; gegen die nichtswürdige Art, wie die den Krieg schüren, könnten die Franzosen ihren Krieg von 1870 einen heiligen nennen.“ Dieser Ausdruck ist treffend. Nichts ist leichtfertiger, als dieses Spiel gewisser Kreise in Rußland, diese Rauschseligkeit kurzlichtiger Diplomaten, unfähiger Generale und beschränkter Prinzen und Prinzessinnen, auf die das Wort des Dichters paßt: „Es schmiedete der Gott um ihre Stirn ein ehern Band; Rath, Mäßigung und Weisheit und Geduld verbarg er ihrem scheuen düstern Blick.“ — Nun, die drohende Gefahr hat den Fürsten Bismarck schnell auf der Warte gefunden. Arm in Arm mit Oesterreich giebt es keine Gefahr mehr für Deutschland. Opfer hat aber vielleicht diese oder jene Partei, was unsere inneren Verhältnisse betrifft, zu bringen.

Tagesgeschichte.

Deutschland. Mehrfachen Gerüchten zufolge soll demnächst eine Zusammenkunft zwischen dem Kaiser von Oesterreich, dem Kaiser von Rußland und dem König von Italien in Berlin stattfinden. Auch von dem Fürsten Gortschakoff heißt es, er werde auf seiner demnächstigen Durchreise einige Tage in Berlin verweilen. — Der Ausschuß des Bundesraths für Handel und Verkehr, die vereinigten Ausschüsse desselben für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, und für Rechnungsweisen hielten am Sonnabend Sitzungen. Was die Vorlagen für den Landtag betrifft, so wird hin und wieder bezweifelt, daß das Kommunalsteuergesetz sich wiederum unter denselben befinden werde. Es ist dieser Zweifel indeß, wie es heißt, unbegründet, da das Gesetz dem Landtag wieder zugehen wird. Ebenso sind die Zweifel unberechtigt, welche gegen die Vorlage des Schankgesetzes ausgesprochen worden. Auch die Einbringung dieses Gesetzes steht bevor. Wie man in unterrichteten Kreisen wissen will, wird der Rücktritt des Justizministers Dr. Leonhardt, der wohl unmittelbar bevorsteht, voraussichtlich die Frage wegen einheitlicher Leitung des Reichsjustizamts und des preussischen Justizministeriums von Neuem in den Vordergrund stellen. Wenigstens wird auf das Bestimmteste versichert, daß Fürst Bismarck diesen seinen Lieblingsplan keineswegs aufgegeben hat. — Die Frage des Simultanschulwesens wird voraussichtlich schon in der nächsten Woche das Abgeordnetenhaus beschäftigen, da man liberalerseits sofort nach Constituirung des Hauses die Elbinger Angelegenheit in Form einer Interpellation zur Sprache zu bringen gedenkt.

Berlin. Se. Majestät der Kaiser und König begab sich am Sonnabend früh zur Abhaltung einer Hofjagd auf Rothwild nach der Schorfhaide. Der Kaiser fuhr mit zahlreicher Begleitung von hier zunächst mit Extrazug nach Eberswalde und setzte von da die Fahrt zu Wagen über Schöpffurth nach dem Rendezvous im Walde fort, wo ein Frühstück eingenommen wurde. Nach beendigter Jagd begab sich der Kaiser mit der Jagdgesellschaft nach Hubertusstock zur Mittagstafel und kehrte Abends nach Berlin zurück. — Am Hofe wird es erst um Mitte des nächsten Monats lebhafter zugehen, um welche Zeit Ihre Majestät die Kaiserin für längere Dauer nach Berlin zurückzukehren gedenkt; bis dahin wird der Kaiser sich meist an den Hofjagden betheiligen. Der Kronprinz wird erst gegen Ende des Jahres erwartet und zwar nur zu vorübergehendem Aufenthalt, da er beabsichtigen soll, noch einmal nach Italien zurückzukehren. — Die feierliche Eröffnung des Landtages fand am Dienstag Mittags 12 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin statt. Der Eröffnung ging ein Gottesdienst voraus, welcher für die evangelischen Mitglieder des Landtages im Dom und für die katholischen Mitglieder des Landtages in der St. Hedwigskirche abgehalten wurde.

Oesterreich-Ungarn. Der vom Abgeordnetenhaus zur Vorberathung der Bosnien betreffenden Regierungsvorlage niedergesetzte Ausschuß hat den Beschluß gefaßt, vor Eintritt in die meritorische Debatte der Vorlage erst die Regierung aufzufordern, über die Motive der Vorlage, sowie über die gegenwärtige Verwaltung Bosniens und der Herzegowina Aufschluß zu geben und über die bisherige Finanzgebarung, die Civilverwaltung und das Landesbudget die Ausweise vorzulegen. Im Wehrausschusse beantwortete der Minister Horst die an ihn gerichteten Fragen über die Präsenzstärke des Heeres, über die Zweckmäßigkeit einer Herabsetzung der Präsenzdienstzeit, sowie über das Stärkerhältnis anderer Armeen gegenüber Oesterreich. Seine nächste Sitzung wird der Wehrausschuß erst abhalten, nachdem das Exposé des Finanzministers ihm vorgelegen hat, in welchem der Ausschuß Aufklärungen über die in der Thronrede erwähnten Ersparungen beim Armeebudget erwartet. — Der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel, Graf Zichy, soll um seine Entlassung nachgesucht haben.